

EU will Milliarden in Ausbau der Stromnetze stecken

Energiekommissar Oettinger verspricht schnelle Genehmigungen

Strom macht in Europa häufig noch vor Grenzen halt. Ärgerlich, findet die EU-Kommission, zumal sie doch einen hürdenlosen EU-Energiemarkt anpeilt. Nun liegt eine Projektliste für internationale Stromleitungen vor, um das zu beheben.

VON DETLEF DREWES
AUS BRÜSSEL

BRÜSSEL. Die Frage beschäftigt Günther Oettinger schon seit langem: „Wie transportieren wir künftig Strom von Dänemark zum Beispiel nach Österreich?“ Doch die Antwort des EU-Energiekommissars kommt die Mitgliedstaaten teuer zu stehen: Bis zu einer Billion Euro könnte das Netz an Elektrizitätsautobahnen unterm Strich kosten. Seit Montag scheint es ein bisschen leichter zu sein, die dringend nötigen Finanzmittel aufzubringen. Denn die EU-Kommission treibt den Ausbau grenzüberschreitender Stromleitungen in Europa voran und zahlt mit.

„PCI“ soll die Lösung bringen: „projects of common interests“ (Vorhaben von gemeinsamem Interesse). Die Europäische Kommission hat eine Liste mit rund 250 Energie-Infrastrukturmaßnahmen beschlossen. Bis zum Jahr 2020 sollen 5,8 Milliarden Euro an Zuschüssen fließen, um Kabel zu verlegen und Gaspipelines zu bauen. Allerdings nur, wenn sich private Geldgeber finden, die als Partner diese Leitungen mitfinanzieren. Oettinger spricht von einem „echten Durchbruch“.

Das wäre es tatsächlich, wenn dem Kommissar gelingt, was er da gestern vorgeschlagen hat. Denn er lockt Investoren nicht nur mit Geld, sondern auch mit Planungssicherheit. So sollen die Genehmigungsverfahren drastisch beschleunigt und innerhalb von maximal dreieinhalb Jahren abgeschlossen werden. Bisher dauert es im Schnitt gut zehn Jahre, bis eine Genehmigung vorliegt.

Die Beteiligung der Öffentlichkeit muss trotzdem sichergestellt sein. Entscheidender Punkt: Bei allen Maßnahmen, die „mindestens zwei Mitgliedstaaten“ zugutekommen, wird künftig nur noch eine nationale

Behörde für alle Genehmigungen und Zulassungen zuständig sein.

Die Aufnahme einer Trasse in die Kommissionsliste kommt also einem Ritterschlag für das Projekt gleich, das zügig bearbeitet werden muss und dann auch noch auf EU-Gelder hoffen kann. Wie viel Geld dafür nach Deutschland fließen soll, steht allerdings noch nicht fest. Das Vorhaben werde auf jeden Fall dabei helfen, Europas Stromversorgung mit besseren Leitungen abzusichern, sagte Energiekommissar Günther Oettinger – und Investoren locken.

22 Vorhaben betreffen die Bundesrepublik. Einige davon sind bereits im Netzentwicklungsplan der Bundesnetzagentur gelistet. Doch der Energiekommissar setzt andere Schwerpunkte: Gefördert wird, was die Bundesrepublik mit den Nachbarländern verbindet. So finden sich in der Aufstellung der 250 zentralen Energie-Vorhaben vor allem Trassen, die nach Belgien, Dänemark, Polen, Tschechien und Österreich führen. „Die EU-Gelder sollten dort gewährt werden, wo sie für die europäischen Verbraucher die größten Vorteile bringen“, betonte Oettinger.

Oettinger steht mit seinen Plänen unter Druck

Die Vernetzung Europas gehört zum Credo Oettingers. Der wird wohl noch in diesem Monat einen weiteren Vorstoß präsentieren, mit dem er die Energieversorger stoppen will, die auf mehr Geld für sogenannte Backup-Kraftwerke hoffen. Deutschland brauche, so betonen diese, eine Kaltreserve an konventionellen Gas- oder Kohlekraftwerken für wind- bzw. sonnenarme Perioden. Die soll Brüssel bezahlen. Oettinger sagt Nein und verweist stattdessen auf mögliche Lieferungen durch die Nachbarstaaten. Die aber funktioniert nur, wenn die dazu nötigen Trassen stehen. Der Kreis schließt sich. Oettinger steht mit seinen Plänen unter Druck. Er muss dringend ein geschlossenes Konzept einbringen. Denn spätestens im Dezember wollen die Staats- und Regierungschefs der 28 Mitgliedstaaten auf ihrem Gipfeltreffen eine energie- und klimapolitische Leitlinie für die Union beschließen.

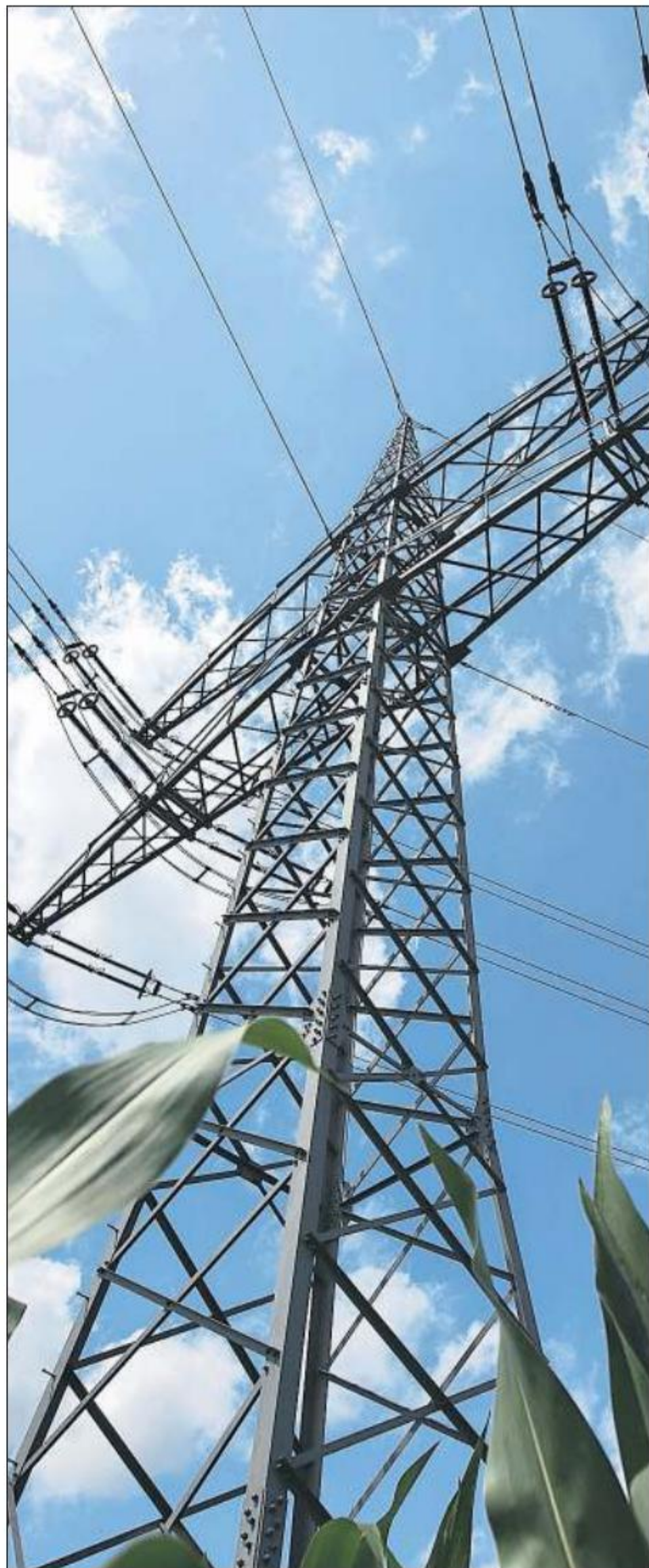
Hintergrund

Oettinger steht wegen Zahlen zur Atombranche in der Kritik

- Die EU-Kommission hat einen Bericht zurückgewiesen, dass sie Zahlen über Subventionen an die Atombranche unter den Tisch fallen lasse. Er achte auf „volle Transparenz“, erklärte EU-Energiekommissar Günther Oettinger am Montag. „Wir werden für jeden Energiebereich alles an Subventionszahlen vorlegen, was gesichert, nachvollziehbar und vergleichbar ist.“ Dabei bezog er sich auf ein Strategiepapier, das er bis Monatsende vorstellen will.
- Laut einem internen Entwurf des Papiers vom Juli hatten die EU-Staaten die Nuklearbranche 2011 mit 35 Milliarden Euro unter-

stützt – mehr als für die Förderung von Ökoenergien (30 Milliarden). In einem neuen Entwurf sind beide Zahlen nicht mehr enthalten. Darüber hatte die „Süddeutsche Zeitung“ berichtet.

- Baden-Württembergs Umweltminister Franz Untersteller hat EU-Energiekommissar Günther Oettinger aufgefordert, Kenntnisse über die staatliche Förderung der Energiebranche ungeschminkt weiterzugeben. Es dürfe nicht sein, dass Oettinger mit der Behauptung, die erneuerbaren Energien würden in Europa übersubventioniert, Politik mache. (rtr/dag)



Überlandleitung in Stuttgart. Die EU will die Vernetzung der Stromleitungen in Europa mit Milliarden fördern
Foto: dpa